

„Politik ist beratungsresistent ...“

Interview mit dem ehemaligen Präsidenten des Bundesinstituts für Berufsbildung, Prof. Dr. Helmut Pütz



ZBW: *Herr Pütz, Sie haben die Rolle eines zentralen Gestalters der Berufsbildung abgelegt. Werden wir Ihre Stimme in Sachen Berufsbildung nun nicht mehr hören, oder gehören Sie zu den Menschen, die nichts aus der Unruhe bringen kann?*

Pütz: Danke für das Kompliment, aber gewiss war ich in den letzten 25 Jahren nur ein Mitgestalter der Berufsbildungsentwicklung unter vielen anderen. Allerdings hatte ich immer sehr klare Vorstellungen zur Weiterentwicklung des deutschen Systems der beruflichen Bildung und habe meine Überlegungen intern und in der Öffentlichkeit stets deutlich zum Ausdruck gebracht. Das gilt auch für Kontroversen in der Berufsbildungspolitik. Auch habe ich immer versucht, konkret zu sein und nicht mit allgemeinen Floskeln, die vielfältig interpretierbar sind, über die wirklichen

Probleme unseres Berufsbildungssystems hinwegzureden. In fachlichen Fragen der beruflichen Bildung habe ich ebenso meine Auffassung dargelegt, wie auch in der Tagespolitik. Nun, nach meiner Pensionierung als Präsident des Bundesinstituts für Berufsbildung werde ich mich nicht mehr – bis auf außergewöhnliche Ausnahmen – zur Berufsbildungsentwicklung äußern, weil meine fachliche Kompetenz notwendigerweise mehr und mehr schwinden wird, je weniger ich in das Informationsnetz der beruflichen Bildung und der Berufsbildungsforschung eingebunden sein kann. Deshalb bringt mich nun vieles aus der bisherigen „Unruhe“ der Berufsbildungsentwicklung. So will ich endlich mehr Zeit zur Lektüre von Belletristik, klassischer und moderner Literatur, haben und selbst meinen Jugendtraum verwirklichen, einen Roman zu schreiben. Ich hoffe sehr, dass mir das

gelingt und dass diese Tätigkeit meine hauptsächlichste Unruhe der nächsten Jahre sein wird.

ZBW: *Als Rheinländer sind Sie ja quasi darauf ausgerichtet, die positiven Dinge zu betonen. Wo sahen Sie während Ihrer Amtszeit als Präsident des Bundesinstituts für Berufsbildung die größten Fortschritte in der Berufsbildung?*

Pütz: Tatsächlich sehe ich die Entwicklung des Berufsbildungssystems in Deutschland überwiegend positiv. Seine Gefährdungen sehe ich allerdings auch, wie jeder andere, der nicht blind ist. Für die sieben Jahre als Präsident des Bundesinstituts für Berufsbildung würde ich drei Ergebnisse besonders hervorheben.

Da ist erstens die zunehmende Flexibilisierung der Ausbildungsdauer. Lange Jahre habe ich dafür gekämpft, die Länge der Ausbildung allein von den Inhalten des jeweiligen Berufsbildungsganges abhängig zu machen und von ideologischen Positionen zu befreien. Allerdings begründet nicht jedes Sammelsurium von einzelnen beruflichen Tätigkeiten eine Berufsordnung nach dem deutschen Berufskonzept. So muss beispielsweise objektiv und sorgfältig geprüft werden, ob eine „Fachkraft zur Speiseeisherstellung“ tatsächlich ein eigenes Ausbildungsberufsbild lohnt. Andererseits habe ich mich nach erster Ablehnung von meinem Freund Reinhard Zedler überzeugen lassen, dass beispielsweise das gesamte Qualifikationsbündel um die technischen, kaufmännischen, wartungs- und dienstleistungsorientierten Qualifikationen in der wachsenden Automatenwirtschaft durchaus einen neuen Ausbildungsberuf „Fachkraft in der Automatenwirtschaft“ begründet. Zu dem Thema Ausbildungsdauer von 2 bis zu 3 1/2 Jahren kann ein jahrzehntelanger, zumeist ideologisch und betriebswirtschaftlich begründeter Streit illustriert werden. Die

Berufe des Einzelhandels sind hierfür ein Musterbeispiel. Dass dieses Problem nun auch gemäß dem neuen Berufsbildungsgesetz von 2005 mehr und mehr pragmatisch gelöst werden kann, ist wirklich ein großer Fortschritt in unserer Berufsbildungsentwicklung.

Als zweites will ich die wachsende Anerkennung von beruflichen Ausbildungsgängen in beruflichen Vollzeitschulen hervorheben, also insbesondere in den Berufsfachschulen, die in den 16 Ländern leider verschiedene Bezeichnungen haben, also von den Oberstufenzentren Berlins bis zu den Berufskollegs Nordrhein-Westfalens. Auch hier hat das neue Berufsbildungsgesetz einen wichtigen Schritt zur Anerkennung der in diesen beruflichen Vollzeitschulen erworbenen Abschlüsse vollzogen. Aber das ist nur ein erster Schritt, Ziel muss weiterhin sein, den Abschlüssen als Prüfungen vor den jeweils zuständigen Kammern der Wirtschaft auf dem Arbeitsmarkt die gleiche Anerkennung und Bedeutung zu geben, wie das für die Kammerabschlussprüfungen der Ausbildungen im Dualen System der Fall ist. Die Anteile von Fachtheorie und Fachpraxis während der Berufsausbildung sind einem ständigen Wandel unterworfen. Die sich seit längerem vollziehende Höherqualifizierung erfordert zur Flexibilitätssteigerung auf dem Arbeitsmarkt höhere Fachtheorieanteile, neben denen die kurzzeitige Fachpraxis noch flexibler im Rahmen des lebenslangen Lernens immer wieder erneuert und erweitert werden muss. Wenn die betriebliche Praxis in ihrem Wert für die Berufsfähigkeit auch durch nichts zu ersetzen ist, ist es eindeutig doch so, dass mehr und mehr Teile der Praxisausbildung durch die wachsende Elektronifizierung, die steigende Bedeutung von PC und Internet, auch und manchmal besser im Seminarraum ausgebildet werden können.

Schließlich betrachte ich die Entideologisierung der Modularisierung der Ausbildungsgänge als einen wesentlichen Fortschritt. Dieser ist erreicht worden, ohne das Berufskonzept als Gesamtqualifikation am Beginn des Ausbildungs- und Berufsweges eines jungen Menschen zu zerstören. Denn die komplette erste Berufsausbildung nach dem Berufskonzept ist auch und in der Zukunft angesichts fortschreitender Differenzierung des Arbeitslebens die bedeutendste Grundlage für das spätere kontinuierliche lebensbegleitende Lernen. Am Ende meiner aktiven Dienstzeit habe ich das so formuliert: Das „Berufskonzept“ ist von wachsender Bedeutung für die erste, grundlegende Berufsbildung, auch wenn es für die spätere Berufstätigkeit immer mehr an Bedeutung verliert. Mit ihm werden berufs- und fachübergreifende Qualifikationen, Berufsreife und Kompetenz ebenso vermittelt, wie berufliche Sozialisation und die Fähigkeit zur beruflichen Weiterbildung, zu Lebenslangem Lernen, zu Mobilität und Flexibilität. Nur durch eine solche Sichtweise kann das Berufsprinzip auch für die Zukunft glaubwürdig gesichert werden. Dass in der Zukunft der einzelne Berufsausbildungsgang mehr und mehr „portioniert“ wird, also in vielfältig kombinierbare Bausteine der Fachqualifikation und Kompetenz gegliedert werden kann, und damit die starre Trennung von Aus- und Weiterbildung überwunden wird und Lernbedürfnissen der einzelnen Jugendlichen, seien es „normale“, benachteiligte oder besonders leistungsstarke Jugendliche in der Ausbildung, besser entsprechen werden kann, das ist schon ein großer Fortschritt.

ZBW: *Schaut man auf den Ausbildungsmarkt, so löst dies alles andere als große Euphorie aus. Seit Jahren kämpft die Politik mit mäßigem Erfolg gegen*

eine Tendenz an, die zunehmend mehr Jugendlichen den Weg in Ausbildung und Beschäftigung erschwert. Haben Sie diese Entwicklung als Präsident des Bundesinstituts mit einem Gefühl der Ohnmacht verfolgt? Welche Chancen sehen Sie, sich der Entwicklung aktiv entgegen zu stemmen?

Pütz: Ja, diese Entwicklung habe ich häufig mit dem Gefühl der Ohnmacht verfolgt. Mehr und mehr ist auch meine Skepsis an den „Seelenmassagen“ der Politik gewachsen, mit der Jahr für Jahr Wirtschaftsunternehmen, die sich zuerst am ökonomischen Erfolg ihrer Firma orientieren müssen, gedrängt wurden, zusätzliche betriebliche Ausbildungsplätze zur Verfügung zu stellen. Natürlich müssen die politisch Verantwortlichen hierbei eine konstruktive Rolle spielen, ebenso wie die Präsidenten der Dachverbände der Wirtschaft. Mich hat allerdings immer gestört, dass dies mit einer saisonalen Dramaturgie inszeniert wurde, die manchmal peinlich war. Sie, Herr Kollege Euler, haben einmal auf einem unserer BIBB-Kongresse gesagt, die berufliche Bildung in Deutschland habe keine wirklich überzeugende Lobby. Und das im Unterschied zu anderen Bildungsbereichen, etwa den Hochschulen. Da stimme ich Ihnen zu. Was soll man davon halten, wenn im Bonner General-Anzeiger vom 1. August 2005 auf der 1. Seite berichtet wird: „Die Lage auf dem Lehrstellenmarkt in Deutschland ist noch angespannter als im Vorjahr. Mitte Juli hatte bundesweit knapp eine viertel Million junger Menschen noch keinen Ausbildungsplatz.“ Und auf Seite 2 der gleichen Zeitung wird berichtet, dass „Forschungsministerin“ Edelgard Bulmahn in Freiburg das Fraunhofer-Institut für Solare Energiesysteme, das Max-Planck-Institut für ausländisches und internationales Strafrecht und das Öko-Institut im „Sonnenschiff“

besucht. Die Forschungsministerin, die ja auch Berufsbildungsministerin ist, und hier eine wirkliche harte gesetzliche Bundeskompetenz besitzt, zeigt, dass es allemal angenehmer ist, sich in der Forschung und ihren Institutionen zu sonnen, als das harte Geschäft der Verbesserung der betrieblichen Ausbildungssituation zu betreiben. Ein Großteil der akademischen Klasse in Deutschland, wie z.B. viele Juristen und Mediziner, weiß überhaupt nichts über die beruflichen Qualifizierungswege von immerhin knapp Zweidritteln eines Altersjahrgangs von Jugendlichen. Dafür interessiert man sich auch nicht, das ist offenbar „Bildung zweiter Klasse“ mit deutlicher Distanz zur Hochschulausbildung oder gar zur Forschungstätigkeit. Auch wegen dieser fehlenden überzeugenden Lobby, nicht allein wegen der wirtschaftsstrukturellen und wirtschaftskonjunkturellen Probleme der Wirtschaft in Deutschland, wird tatsächlich für zunehmend mehr Jugendliche der Übergang in Ausbildung und Beschäftigung erschwert. Aber es gibt auch Chancen, sich dieser Entwicklung aktiv entgegenzustellen, so beispielsweise:

- Die „Berufsfachschule-plus“, also das Modell, das ich mehrfach in den letzten Jahren als „dritte Säule“ des deutschen Berufsbildungssystems der Zukunft beschrieben habe. Es ist ein ausgebautes und weiterentwickeltes System vollzeitschulischer Ausbildung in Berufsfachschulen, in Berufskollegs usw. Nicht zufällige Kurzpraktika werten diese „Berufsfachschule-plus“ auf, sondern alternierende Phasen fachpraktischer Ausbildung in Betrieben und fachtheoretischer in beruflichen Vollzeitschulen, die automatisch einmünden in die gemeinsame Kammer- und Schulabschlussprüfung, in Berufstätigkeit und in gleichwertige Anerkennung auf dem Arbeitsmarkt. Diese alternierenden Phasen können pragmatische Längen haben: von einem Vierteljahr bis zu einem Jahr und länger, jeweils in der berufsbildenden Schule oder im Betrieb.
- Eine weitere Chance bietet das „Drei-Säulen-Berufsbildungssystem“, dessen Kernsäule das weiterentwickelte und modernisierte Duale System ist. Daneben brauchen wir ein hocheffizientes außerbetriebliches Ausbildungssystem für die Jugendlichen eines Altersjahrgangs, die in der betrieblichen und teilzeitberufsschulischen Ausbildung nicht ohne weiteres Fuß fassen können. Ein solches System muss auch von den Enthusiasten der Dualen Ausbildung gewollt und unterstützt werden und es darf nicht als eine armselige Schwester behandelt werden. Diejenigen Jugendlichen, die es besonders schwer haben, eine Ausbildung abzuschließen, können hier durch spezielle Betreuung erfolgreich lernen, wobei der Betrieb mit seinen hohen Anforderungen in Produktion und Dienstleistung durch den außerbetrieblichen Lernort ergänzt oder ersetzt wird. Die dritte Säule des deutschen Berufsbildungssystems der Zukunft wird ein ausgebautes System vollzeitschulischer Ausbildung sein, die Berufsfachschule-plus, wie ich sie oben beschrieben habe.
- Wir brauchen eine solidarische Finanzierung aller drei Säulen dieses weiterentwickelten Berufsbildungssystems in Deutschland: Die jetzt vorhandene Finanzierung der Berufsausbildung, die – mit einem wachsenden staatlichen Anteil – auf mehrere Schultern verteilt ist, muss als einzelbetriebliche Finanzierung dadurch gesichert werden, dass die Gerechtigkeitslücke zwischen ausbildenden und nicht ausbildenden Betrieben durch freiwillige Vereinbarun-

gen und Regelungen der Unternehmen und Organisationen der Wirtschaft geschlossen wird. Dies muss branchenbezogen und regional überschaubar vereinbart werden. Dann wird auch eine staatliche Umlagefinanzierung nicht nur überflüssig sein, sondern auch aus der politischen Diskussion verschwinden.

ZBW: *Die Implementation des dualen Ausbildungsmodells in den neuen Bundesländern ist weitgehend gescheitert. Wo sehen Sie die wesentlichen Gründe? Welche Konsequenzen sollten aus Ihrer Sicht daraus gezogen werden?*

Pütz: Der wesentliche Grund für das Scheitern des Dualen Ausbildungsmodells in der Praxis und Berufsbildungsrealität, nicht als Modell und Ziel auch in den neuen Bundesländern, liegt in der unterentwickelten Wirtschaftsstruktur und Wirtschaftskonjunktur in Ostdeutschland. Die DDR hat ja stets auch im „Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW)“ das deutsche Duale Ausbildungsmodell beibehalten. Wegen der großen Ausbildungszentren in den Kombinat war die Systemstruktur anders als in der Bundesrepublik Deutschland, aber im Prinzip doch gleich. Das gilt insbesondere auch für das beibehaltene Berufskonzept entsprechend staatlich anerkannter Ausbildungsberufe und Ausbildungsordnungen. Deshalb war es natürlich und reibungslos, dass die neuen Bundesländer im Zusammenhang der Wiedervereinigung Deutschlands das westdeutsche Berufsbildungsgesetz übernommen haben und darauf abzielten, das Duale System komplett auch in Ostdeutschland einzuführen. Dieses deutsche Berufsbildungssystem ist weit überwiegend wirtschaftsgesteuert und von der Wirtschaftsstruktur sowie Wirtschaftskonjunktur abhängig. Die nicht ausreichende Entwicklung der Wirtschaftsstruktur in den neuen Bundes-

ländern zusammen mit der konjunkturell bedingten hohen Arbeitslosigkeit verhindern die Implementation des Dualen Systems auch dort. Meines Erachtens kann nur eine Konsequenz aus dieser Misere helfen, nämlich die strukturelle Weiterentwicklung in den drei Modellen, die ich in meiner Antwort zur vorherigen Frage beschrieben habe: Neues Berufsfachschulmodell, Akzeptanz und Ausbau des Drei-Säulen-Berufsbildungssystems und solidarische Berufsbildungsfinanzierung.

ZBW: *Es gibt Stimmen, die insbesondere das durch die Sozialpartner gestaltete Konsensprinzip in der Berufsausbildung dafür verantwortlich machen, dass auch Fortschritte in der Struktur der Berufsbildung erfolgen. Teilen Sie eine solche Auffassung?*

Pütz: Das durch die Sozialparteien konkret ausgestaltete Konsensprinzip in der Berufsausbildung Deutschlands ist weder positiv noch negativ dafür verantwortlich zu machen, wenn Fortschritte in der Struktur der Berufsausbildung erfolgen oder unterbleiben. Das Konsensprinzip ist lediglich ein Hilfsmittel im Rahmen der praktizierten Subsidiarität. Was gesellschaftliche Institutionen unterhalb des Staates selbst regeln können, das sollen sie auch regeln. Das entbindet die Regierungen aber in keinem Fall von ihrer Pflicht, das Gemeinwohl zu verwirklichen. Das Gemeinwohl orientiert sich an den Bildungs- und Berufschancen der jungen Menschen ebenso wie an guten Rahmenbedingungen für eine optimale Wirtschaftsentwicklung der Unternehmen. Der Staat ist sozusagen der Inhaber des Konsensprinzips, delegiert es allerdings an die Sozialparteien und erwartet zu Recht von ihnen, dass sie davon konstruktiv und gemeinwohlorientiert Gebrauch machen. Tun sie das nicht, muss der Staat, muss die Regierung die Überordnung des Ge-

meinwohls auch in der beruflichen Bildung durchsetzen und ggf. das delegierte Konsensprinzip gegen den Willen einer oder beider Sozialparteien durchsetzen. Gegen diesen Grundsatz haben viele Bundesregierungen verstoßen. All zu lange haben sie die Differenzen, Kontroversen und die Nichteignungsfähigkeit der Sozialparteien hingenommen. Das ist in letzter Zeit in positiver Weise anders geworden. Konkret ausgedrückt: Wenn die Sozialparteien ihrer Konsensverantwortung in bestimmtem Zeitumfang nicht gerecht werden, muss der Staat von seiner Regelungskompetenz Gebrauch machen.

ZBW: *Im Zeitalter der Wissensgesellschaften und des Lebenslangen Lernens erscheint die bisherige Beziehung des Berufsbildungssystems zum allgemeinen Bildungssystem eher dysfunktional. Wie könnte die Kluft zwischen den Bildungssektoren geschlossen werden?*

Pütz: Auch ich sehe diese Dysfunktionalität. Wie oben bereits gesagt, ist die Kluft zwischen den Bildungssektoren immer noch groß, die mangelnde Lobby in Deutschland für die berufliche Bildung ist eklatant. Zunächst einmal muss deshalb die Durchlässigkeit zwischen dem höheren allgemeinbildenden System und dem Berufsbildungssystem im Sekundarbereich geschlossen werden. Übergänge müssen leichter möglich sein. Ergänzungen von allgemeinbildender und beruflicher Ausbildung müssen besser ermöglicht werden, wie das in einzelnen Modellen bereits geschieht und wie das beispielsweise in der „Berufsausbildung mit Abitur“ der DDR gut praktiziert wurde. Aber auch die bisherige Trennung von Aus- und Weiterbildung muss überwunden werden. Das geschieht am besten durch flexible Aus- und Weiterbildungsbausteine im Rahmen des Lebenslangen Lernens, also

in der Betrachtung des allgemeinbildenden, des berufsbildenden und des Weiterbildungsweges als Gesamtheit in der Kontinuität und nicht länger als von einander getrennte Bildungsstufen. Ein Credit-Punkte-System mit Zertifizierung und Bildungspass würde es ebenfalls erleichtern, die genannte Dysfunktionalität aufzuheben. Allerdings brauchen wir dazu ebenfalls, was in Deutschland unterentwickelt ist, Qualitätssicherungssysteme, wie sie für die Schulen in der Vergangenheit vernachlässigt und erst in jüngster Zeit durch die Kultusministerkonferenz schrittweise ermöglicht werden. Diese Qualitätssicherungssysteme brauchen wir in Deutschland erst recht für die berufliche Weiterbildung und bekommen sie wohl auch Schritt für Schritt für die Hochschulbildung durch die erzwungene Modularisierung der Studiengänge für die Bachelor- und Masterausbildung.

ZBW: *Um ihr Stichwort von der Qualitätssicherung aufzunehmen. Nach PISA wird verstärkt die Qualitätsentwicklung im Bildungswesen beschworen. Halten Sie – analog zur PISA-Studie – im Bereich der Berufsbildung eine internationale Vergleichsstudie für sinnvoll und möglich, die einen Effekt auf die Qualitätsdiskussion der Berufsbildung auslösen könnte?*

Pütz: Vor Jahren habe ich bereits – wohl als Erster – ein Berufsbildungs-PISA gefordert. Eine solche Vergleichsstudie im Bereich der Berufsbildung auf internationaler Ebene ist notwendig und wird gewiss auch einen Effekt für die Qualitätssicherungsdiskussion in der Berufsbildung bewirken. Im Bundesinstitut für Berufsbildung sind für ein Berufsbildungs-PISA konkrete Vorschläge und methodische Schritte aufgezeigt worden, die durchaus mit den Kriterien der OECD für die anderen Vergleichsstudien vergleichbar sind. Dabei

können Länder mit Dualen Berufsbildungssystemen sowohl mit Ländern mit berufsschulischer als auch mit alleiniger betrieblicher Ausrichtung verglichen werden. Voraussetzung für die Vergleichbarkeit ist allerdings, zu messen, wie die Berufsfähigkeit nach der Ausbildung, nach der „2. Schwelle“ beim konkreten Eintritt in die Berufstätigkeit entwickelt ist. Also nicht allein berufstheoretisch-schulische, kognitive Kenntnisse und nicht allein berufspraktische Fähigkeiten sind das Bemessungskriterium, sondern Berufsfähigkeit und konkrete Handlungskompetenz am Arbeitsplatz.

ZBW: *Das neue Berufsbildungsreformgesetz ist mit enttäuschten Hoffnungen, aber auch neuen Optionen verbunden. Wie Sie bereits erwähnten, können nunmehr beispielsweise Absolventen vollzeitschulischer Berufsbildungsgänge unter bestimmten Voraussetzungen zur Kammerprüfung zugelassen werden. Wie ist Ihre Bilanz des Gesetzes mit Blick auf die angesprochene Verfassung des Ausbildungsmarktes?*

Pütz: Bereits jetzt eine Bilanz der Effizienz des neuen Berufsbildungsreformgesetzes zu ziehen ist m.E. verfrüht. Das neue Gesetz ist ein politischer Kompromiss, wie das regelmäßig im Deutschen Bundestag der Fall ist, es ist aber wie schon 1969 ein Gesetz der „Großen Koalition“, ein nahezu von allen Parteien verabschiedetes Gesetz. Das hat eine hohe Bedeutung für die Durchsetzung der einzelnen gesetzlichen Regelungen in der Berufsbildungspraxis. Natürlich habe auch ich mehr von diesem Gesetz erwartet und verlangt, aber immerhin enthält es Fortschritte und neue Möglichkeiten, die allerdings erst noch in der Ausbildungspraxis genutzt werden müssen und dann auch eine Verbesserung der Ausbildungsmarktsi-

tuation für die Jugendlichen zur Folge haben werden. So ist durch die erweiterte Möglichkeit, Absolventen vollzeitschulischer Berufsbildungsgänge unter bestimmten Voraussetzungen zur Kammerprüfung zuzulassen, eine reale Möglichkeit eröffnet worden, den Übergang an der zweiten Schwelle in die Berufstätigkeit so zu verbessern, dass eine Annäherung an die Effizienz dieses Weges wie für die Absolventen des klassischen Dualen Systems möglich wird. Auch andere Bestimmungen des neuen Berufsbildungsgesetzes können solche positive Wirkungen, wie oben bereits exemplarisch dargestellt, entfalten. Viel wird davon abhängen, mit welchem Modernisierungswillen und Ausbildungspragmatismus die Sozialparteien, die Wirtschaftsverbände und Gewerkschaften, die Kammern und einzelnen Betriebe, die berufsbildenden Schulen sowie die Außer- und Überbetrieblichen Berufsbildungsstätten die neuen Möglichkeiten konkret nutzen. Das neue Gesetz stellt dafür sozusagen einen Minimalrahmen zur Verfügung, der ausgefüllt oder missachtet werden kann.

ZBW: *Das novellierte Berufsbildungsgesetz erleichtert es, Teile der Ausbildung im Ausland zu absolvieren. Es fehlen aber noch Regelungen zur Verbindung des deutschen Berufsbildungssystems zu den europäischen Entwicklungen. Welchen Diskussions- bzw. Handlungsbedarf sehen Sie?*

Pütz: Es gibt in Deutschland dringenden Handlungsbedarf – auch von der EU-Kommission in Brüssel in Bezug auf die Terminsetzung erzwungen –, möglichst bald die Ausbildungsabschnitte, bzw. Ausbildungsbausteine/-module so konkret zu beschreiben, dass sie Ausbildungsteilen im Ausland vergleichbar sind. Diese müssen dann in Deutschland im Rahmen unseres Systems der Ausbildungsordnungen und Prüfungen

auch anerkannt und zertifiziert werden. Deshalb sind im Bundesministerium für Bildung und Forschung in Zusammenarbeit mit dem Bundesinstitut für Berufsbildung und den Sozialparteien und anderen Beteiligten der beruflichen Bildung die konkreten Regelungen für das ECVET in Arbeit, also für die European Credits in Vocational Education and Training. Hier haben wir Deutschen im europäischen Vergleich sehr viel Zeit verloren, weil bei uns wiederum aus ideologischen Gründen die pragmatische Modularisierung und Bausteingliederung, wie ich sie bereits dargelegt habe, unterblieben ist. Dabei hat sich in jüngster Zeit im Rahmen der konkreten Regelungen zur Anrechnung von Berufsvorbereitungs-Qualifikationen und deren Anrechnung auf die nachfolgende Berufsausbildung herausgestellt, dass es relativ einfach ist, die deutschen Ausbildungsordnungen für die einzelnen Berufe in Qualifizierungsbausteine zu zerlegen. Das haben die Arbeiten des Bundesinstituts und des Handwerks eindeutig belegt. So kann man beispielsweise weitgehend von den Gliederungsmerkmalen der „Berufsbildposition“ in den einzelnen Ausbildungsordnungen ausgehen und Module bzw. Credits bestimmen. Das könnte ich etwa am Beispiel der Qualifikationen in der Automobilindustrie und im Kraftfahrzeughandwerk illustrieren. Die Reparatur eines Karoserieschadens am Auto oder die Funktionsprüfung eines elektronischen Bauteils oder sein Ein- und Ausbau erfolgen in Frankreich nicht anders als in Deutschland oder in Italien.

ZBW: *Berufsbildende Schulen haben derzeit keinen guten Ruf, obwohl sie in den vergangenen Jahren dazu beigetragen haben, die Lücken auf dem Ausbildungsmarkt zu stopfen. Was ist dran an diesem Negativimage? Wie könnte es verändert werden?*

Pütz: Bei mir hatten und haben Berufsbildende Schulen in Deutschland immer einen guten Ruf. Nicht nur, weil sie Lücken auf dem Ausbildungsmarkt überwunden haben, sondern weil sie für mich immer eine eigene Berufsbildungssäule darstellen, die allerdings ebenso wie die betriebliche Ausbildungssäule modernisiert und weiterentwickelt werden muss. Wenn etwa Berufsbildende Schulen oder Berufsfachschulen derzeit ein Negativimage haben, so ist das unberechtigt. Ich kenne viele gut funktionierende Berufsschulen, Berufskollegs, Oberstufenzentren, Berufsfachschulen, berufliche Gymnasien usw., die einen erstklassigen Berufsbildungsbeitrag leisten. Aber es gibt natürlich nichts, was nicht noch besser werden könnte. Da sind vor allem eine bessere finanzielle Ausstattung der Berufsbildenden Schulen, eine bessere Lehrerbildung und eine bessere Lehrerversorgung zu nennen. Das sind ebenso wie im Bereich von Allgemeinbildenden Schulen, Hochschulen, Weiterbildung, Wissenschaft und Forschung Investitionen in die Zukunft, Investitionen in den Rohstoff Bildung, Wissenschaft und Forschung, den wir als einzigen in Deutschland immer wieder kontinuierlich erneuern können, unabhängig von Wind und Sonnenschein. Solange aber, wie Sie, Herr Kollege Euler, einmal gesagt haben, im Bereich von Bildung und Wissenschaft eher das „Rotstiftmilieu“ vorherrscht, entsteht im Blick auf die Berufsbildenden Schulen eher unberechtigt ein Negativimage. Es kann und muss auch dadurch beseitigt werden, dass die Berufsbildenden Schulen, insbesondere die „neue Berufsfachschule-Plus“ nicht als Notstopfen für fehlende betriebliche Ausbildungsplätze missbraucht werden können, sondern einen eigenen Bildungsauftrag für den Arbeitsmarkt wahrnehmen.

ZBW: *In vielen Bundesländern werden in Pilotprojekten Konzepte für eine erweiterte Selbstständigkeit von Schulen getestet. Halten Sie diese Ansätze für sinnvoll, oder handelt es sich dabei primär um symbolische Politikgestaltung? Unter welchen Voraussetzungen könnten diese Programme generalisierungsfähige Resultate hervorbringen?*

Pütz: Ich halte es für richtig, in allen Schularten die einzelnen Schulen mit erweiterten Selbstständigkeits- und Gestaltungsrechten auszustatten. Die konkreten Schritte, die in einzelnen Bundesländern in dieser Richtung unternommen worden sind, sind rundherum sinnvoll. Wichtig ist dabei allerdings, dass in dem neuen Rahmen überzeugende, übertragbare Resultate herauskommen, dass wirklich klar definierte Zuständigkeiten der einzelnen Schulen, der Schulleiter und der Fach- sowie Bereichsverantwortlichen festgelegt werden. Das gilt beispielsweise für die Gewährung von Prämien für besondere Lehr-Leistungen, für die Verantwortlichkeit bei der Lehrereinstellung und für die eigenverantwortliche curriculare Gestaltung der Vermittlung der Unterrichtsinhalte. Das führt auch im Bereich der Berufsbildenden Schulen zu einer relativen Auflösung des Fächerprinzips. Es sollte auch dazu führen, dass die Berufsschul-Organisation, etwa mit den betrieblichen Ausbildungszeiträumen, bzw. den betrieblichen Praxisphasen, „vor Ort“ selbstverantwortlich geregelt werden können. Mit anderen Worten: Die Schulaufsicht sollte sich ausschließlich auf die Resultate und die Qualitätssicherung konzentrieren und den einzelnen Schulen aller Schularten die Wege zum Erreichen der Ziele und der Qualitätsstandards eigenverantwortlich überlassen.

ZBW: *Verfolgt man die Debatten der vergangenen Jahre etwa über die Gründe für die Veränderungen auf dem Ausbildungsmarkt oder die Effektivität berufsbildungspolitischer Maßnahmen wie beispielsweise eine veränderte Art der Ausbildungsfinanzierung, so spielen Argumente aus der Berufsbildungsforschung nahezu keine Rolle. Fehlen relevante Erkenntnisse oder sind deutschen Professoren zu bescheiden, sich in politische Debatten einzulassen?*

Pütz: Ihrer Bewertung, dass Argumente aus der Berufsbildungsforschung nahezu keine Rolle in der konkreten Berufsbildungspolitik-Gestaltung spielen, stimme ich zu. Aber es fehlen nicht relevante Erkenntnisse und nach meiner Einschätzung sind deutsche Professoren auch nicht übertrieben zurückhaltend, wenn es sich um konkrete Vorschläge zur Verbesserung des Berufsbildungssystems handelt. Nach meiner nahezu 40jährigen Berufserfahrung in Wissenschaft, Praxis und Administration ist es einfach so: Politik ist beratungsresistent, weil sie interessenabhängig ist. Das mag man beklagen, es ändert aber nichts an der faktischen Situation, wie auch an den Novellierungspunkten des neuen Berufsbildungsgesetzes vom Frühjahr 2005 nachgewiesen werden kann. Politikberatung durch Wissenschaft einerseits und politische Willens- und Entscheidungsbildung andererseits sind von einander getrennt, auch eine Art Gewaltenteilung, die vielleicht prinzipiell gar nicht schlecht ist. Jedenfalls müssen sich auf unserem Feld die Berufsbildungsforscher damit begnügen, dass sie Forschungs-, Veröffentlichungs- und Beratungsfreiheit haben, aber selbst keine berufsbildungspolitischen Entscheidungen treffen. Deshalb wird Berufsbildungsforschung nicht weniger wichtig oder gar überflüssig.

ZBW: *Welche Rolle sehen Sie für die universitäre Berufs- und Wirtschaftspädagogik im Hinblick auf die Gestaltung von Berufsbildungspraxis und –politik?*

Pütz: Die universitäre Berufs- und Wirtschaftspädagogik spielt eine eminent wichtige Rolle. Und dies in Ergänzung und Konkurrenz zu den anderen Beteiligten in der beruflichen Bildung insgesamt. Für die Berufsbildungsentwicklung ist die universitäre Berufs- und Wirtschaftspädagogik ein unverzichtbarer Partner im Geflecht von Bundes- und Landesinstituten, privatwirtschaftlichen Forschungs- und Entwicklungsinstituten sowie internationalen Institutionen. Universitäre Berufs- und Wirtschaftspädagogik spielt eine einzigartige Rolle bei der Lehrerbildung, und wir wissen alle, dass Unterricht, Fachtheorie, Schulen, Schüler und Schulabsolventen jedweder Schulart von einer guten Lehrerbildung, also von fachlich und pädagogisch optimal an Universitäten und Instituten der Berufs- und Wirtschaftspädagogik ausgebildeten Lehrern abhängig sind. Die Professoren und anderen Wissenschaftler der universitären Berufs- und Wirtschaftspädagogik sollten sich nach meinem Dafürhalten auch immer wieder in die Berufsbildungspolitik einmischen. Denn auch heute noch haben Professoren im Allgemeinen ein höheres Ansehen und höhere Glaubwürdigkeit bei den Politikern und bei den Regierenden als andere Berufsbildungsfachleute in Instituten und in der Administration der Ministerien. Unverzichtbar sind die Wissenschaftler der Berufs- und Wirtschaftspädagogik auch im Hinblick auf die konkrete Gestaltung und Verbesserung der Berufsbildungspraxis mit ihrer Arbeit der wissenschaftlichen Begleitung, z.B. in Modellversuchen, aber darüber hinaus auch bei der Systementwicklung. Allerdings muss ich der universitären Berufs- und Wirt-

schaftspädagogik aus meiner Berufserfahrung einen Mangel ankreiden: Es fehlt an Transparenz der hochschulischen Arbeitsergebnisse für die anderen Beteiligten an der Berufsbildungssystementwicklung und der Berufsbildungsforschung. So ist z.B. der Transfer der Arbeitsergebnisse und der Berufsbildungsforschungsliteratur von den Hochschulen zu den anderen Beteiligten der Berufsbildungsentwicklung, zu den Forschungsdatenbanken und beispielsweise zu den anderen Mitgliedern der „Arbeitsgemeinschaft Berufsbildungsforschungsnetz“ bis heute unzulänglich. Das hängt damit zusammen, dass es im Bereich der Berufs- und Wirtschaftspädagogik so gut wie keine überuniversitäre Abstimmung, Kooperation und Koordination gibt. Die Umsetzung der Arbeits- und Forschungsergebnisse – unabhängig vom gegenseitigen Konkurrenzdenken – der universitären Berufs- und Wirtschaftspädagogik wäre nach meinem Dafürhalten erheblich größer, wenn sie sich viel stärker der Kooperation mit den anderen genannten Beteiligten und deren Vermittlungsmöglichkeiten öffnen würde. Diese Strategie würde dann auch ihren Niederschlag in gemeinsamen Arbeits- und Berufsbildungsforschungsberichten im jährlichen Berufsbildungsbericht der Bundesregierung ihren Ausdruck finden und das Ansehen und die Durchsetzungsfähigkeit aller erhöhen.

ZBW: *Herr Pütz, wir danken Ihnen für das Gespräch.*

Das Interview führten Dieter Euler und Günter Pätzold.